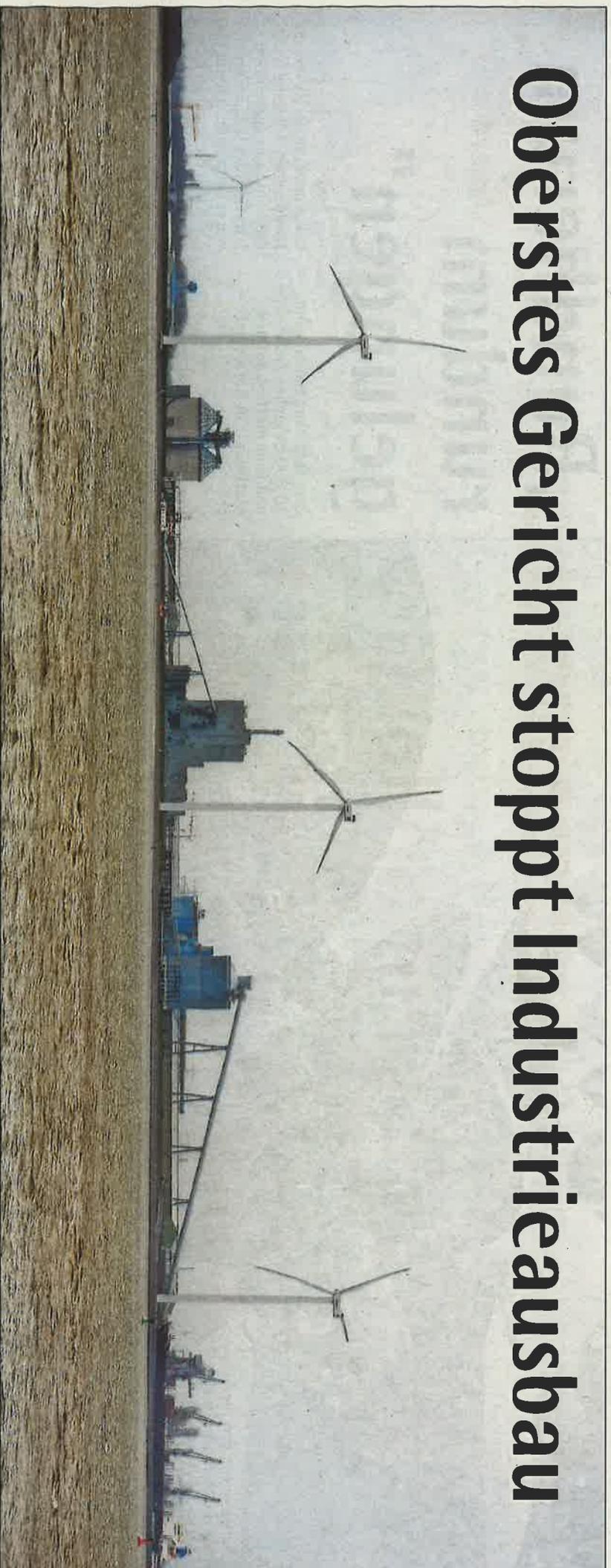


Oberstes Gericht stoppt Industrieausbau



Sorgt in Ostfriesland regelmäßig für Protest: das Industriegebiet Osterhorn in der niederländischen Nachbargemeinde Delfzijl.

Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland mit Klage erfolgreich. Politik und Wirtschaft befürchten Folgen für die gesamten Niederlande.

Von unserem Redakteur JENS VOITTEL

Emden. Die niederländische Nachbargemeinde Delfzijl ist in heller Aufregung. Der Grund: Das oberste Verwaltungsgericht der Niederlande, der Raad van State in Den Haag, hat am vergangenen Mittwoch einen Bebauungsplan für das Industriegebiet Osterhorn gekippt. Als Begründung wird angeführt, dass

die Baupläne für das Gebiet südöstlich von Delfzijl zu unzulässig hohen Stickstoffwerten in der Natur, speziell im geschützten Wattenmeer, führen könnten. Damit ist der Bebauungsplan, den der Stadtrat von Delfzijl bereits 2017 auf den Weg gebracht hatte, erst einmal vom Tisch. Konkret geplante oder künftige Bau- oder Ausbauprojekte sind möglicherweise in Gefahr. Aus Sicht niederländischer Beobachter könnte die Entscheidung, die im Nachbarland auch als „Stickstoff-Urteil“ bezeichnet wird, sogar Auswirkungen auf „Hunderterte von Projekten“ in anderen Teilen der Niederlande

haben. Tatsächlich zittert die in Groningen erscheinende Tageszeitung Dagblad van het Noorden einen Delfzijler Stadtrat mit den Worten: „Es wird viel Mühe kosten, das Geschäft jetzt wieder in Gang zu bringen.“ Betroffen sein könnten auch bereits sehr konkrete industrielle Ausbauprojekte in Delfzijl, bei denen die Stickstoff-Emission eine gewichtige Rolle spielt. Bislang machte es ein Regierungsprogramm möglich, entsprechende Anlagen auch in der Nähe von Naturschutzgebieten zu genehmigen, sofern die Natur andernorts entspre-

chend entlastet wird. Das scheint jetzt erst einmal vorbei. Jetzt geht es um die ganz konkreten Auswirkungen in unmittelbarer Umgebung. Das oberste Gericht hat nämlich festgestellt, dass dieses Vorgehen gegen EU-Recht verstößt und Naturschutzgebiete nicht ausreichend geschützt werden. Dazu der Stadtrat aus Delfzijl: „Viele Bebauungspläne, die bislang unwiderruflich waren, können durch die Entscheidung auf den Müll geworfen werden.“

Sandra Koch und Bernd Meyer von der Bürgerinitiative Saubere Luft Ostfriesland begrüßen die Entscheidung des Raad van State. Die Bürgerinitiative hatte gemeinsam mit der Vereinigung für reine Energie und Verkehr in West-erwolde gegen die Bebauungspläne geklagt. Jetzt hoffen die Umweltschützer, dass auch in anderen Fällen der Schutz der FFH-Gebiete an der Ems wieder deutlich mehr in den Fokus rutscht. Die Bürgerinitiative klagt derzeit auch gegen den weiteren Ausbau einer Verbrennungsanlage bei Delfzijl. Ob die Entscheidung in Den Haag in diesem Fall im Sinne der Umweltschützer helfen kann, bleibt abzuwarten.

Laut Dagblad van het Noorden will sich der Stadtrat von Delfzijl möglichst schnell mit dem Halenbetreiber Groningen Seaports an einen Tisch setzen, um die Folgen der Gerichtsentscheidung zu diskutieren. Die Bürgerinitiative Saubere Luft zeigte sich im Gespräch mit der *Emder Zeitung* realistisch: „Die werden sich sicherlich so schnell wie möglich etwas anders ausdenken“, sagte Meyer. Gleichwohl aber sei die Gerichtsentscheidung wichtig: „Damit ist der Schutz der FFH-Naturschutzgebiete an der Ems deutlich gestärkt worden.“ Es stehe nun fest, dass das bisherige Vorgehen der Niederlande gegen geltendes EU-Recht verstoßen habe.

Bild: Hasseler